

Landkreis Ravensburg

den 05. Jul. 2021

Niederschrift

über die 3. diesjährige Sitzung des Kreistages
am 11.05.2021 als Videokonferenz

Dauer 14:30 Uhr bis 18:35 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erster Landesbeamter

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Christa Fuchs

Herr Alexander Geiger

Herr Helmut Grieb

Herr Raimund Haser

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher
Herr Clemens Moll
Herr Axel Müller
Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Volker Restle
Herr Roland Sauter
Herr August Schuler
Herr Robert Schweizer
Herr Daniel Steiner
Herr Waldemar Westermayer
Frau Sonja Wild

FWV

Herr Walter Braun
Herr Karl-Heinz Buschle
Herr Markus Ewald
Herr Jochen Fischinger
Frau Sandra Flucht
Herr Roland Haug
Herr Michael Lang
Frau Katja Liebmann
Herr Rainer Magenreuter
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Herr Gereon Güldenbergl
Herr Dr. Andreas Kolb
Frau Carmen Kremer
Frau Elke Müller
Frau Dorothee Natalis
Herr Ozan Önder

Frau Liv Pfluger
Frau Roswitha Pohnert
Herr Tilman Schauwecker
Herr Bruno Sing
Herr Heinz Strubel
Herr Martin Weiß
Herr Roland Zintl
Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Peter Clément
Herr Gerhard Lang
Herr Rainer Marquart
Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing
Herr Max Scharpf
Herr Siegfried Scharpf
Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich
Herr Benno Forderer
Herr Dr. Daniel Gallasch
Herr Benjamin Strasser

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Frau Anja Kahle	Dezernentin Organisationsentwicklung, Personal und Kultur
Herr Franz Baur	Dezernent Finanzen, Schulen und Immobilien
Herr Reinhard Friedel	Dezernent Arbeit und Soziales
Frau Iris Steger	Dezernentin Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Recht, Migration und Verbraucherschutz

Herr Simon Gehringer

Amtsleiter Straßenbauamt zu TOP 3

Herr Hubert Meßmer

Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP zu TOP 6

Herr Stefan Leinweber

zu TOP 12

Abwesend:

FWV

Herr Wilhelm Graf

Herr André Radke

Herr Dr. Hermann Schad

SPD

Herr Jürgen Rölli

Die Linke

Herr Lars Raible

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

3. 0004/2021
Neuordnung Straßennetz bei Kißlegg

Angelegenheiten des Personalservice

4. 0001/2021
Besetzung der Stelle der Leitung des Jugendamtes

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5. 0063/2021
Wangen, BSW, Modernisierung und Umbau Laborbereiche: Baubeschluss
6. 0064/2021
Wangen, BSW, Neubau Sporthalle mit schulischer Mehrzwecknutzung: Baubeschluss
7. 0065/2021
Ravensburg, St. Elisabethen-Klinikum, Parkierungsanlage: Baubeschluss

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0051/2021
Ehrenamtliche Patientenfürsprecher/innen für den Landkreis Ravensburg -
Tätigkeitsbericht und Neubestellung

9. 0059/2020
Verlängerung der Bestellung der Kreisbehindertenbeauftragten und Entscheidung über Haupt- oder Ehrenamt

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

10. 0008/2021
Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn Dr. Thomas Heilig
11. 0057/2021
Machbarkeitsstudie zu einem Biosphärengebiet oder Naturpark; Ergebnis der Vorprüfung

Mitteilungsvorlagen

12. 0049/2021
Machbarkeitsstudie bodo-Ringzug - Zwischenbericht
13. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

14. 0066/2021
Wangen, BSW, Neubau Sporthalle mit schulischer Mehrzwecknutzung:
Grundstücksangelegenheiten
15. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

TOP 4, 8, 9 und 10 werden abgesetzt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei diesen TOPs um Wahlen handelt, die nicht im Rahmen einer Videokonferenz erfolgen können.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Ein Protokoll liegt noch nicht vor.

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

3. 0004/2021

Neuordnung Straßennetz bei Kißlegg

Der Vorsitzende informiert über die Befangenheit von KR Dr. Kolb, der die Videokonferenz für die Dauer dieses TOPs verlässt.

KR Strubel fragt, wie wirksam der alleinige Ausbau der Südspange im Hinblick auf die Verkehrsentlastung der Ortsmitte wäre und ob Planung sowie Ausführung dem Landkreis überlassen würden. Er möchte außerdem wissen, ob die Straße, die durch grundloses Moor führe und einen Brückenneubau erfordere, für Schwerlastverkehr geeignet sei. Planungen müssten Überlegungen zu leistbaren Kosten sowie Umweltverträglichkeit einschließen. Die Ost-Umfahrung sei komplett auf der „grünen Wiese“ geplant und damit auf Flächen, die bisher als Weiden genutzt würden. Auch stelle sich die Frage, ob Synergien zwischen vier Straßen im Norden Kißleggs mit weniger als 200 Meter Entfernung voneinander möglich seien und wie der Schwerlastverkehr Richtung Norden verlaufen solle. Vorbei an Jugendhaus, Behindertenwerkstatt und Kindergarten sowie durch den kleinen Ort Emmelhofen sei dieser schwer vorstellbar. Bewohner der Stadt schlugen eine Sperrung der Ortsdurchfahrt für den Schwerlastverkehr vor. Auch die Einführung einer Einbahnregelung sei überdenkenswert, eben-

so die einer LKW-Maut auf Landstraßen, um Maut-Flüchtlinge von Ortschaften fernzuhalten.

Herr Gehringer antwortet, zur Entlastung durch die Südspange könnten aktuell keine konkreten Zahlen genannt werden. Eine Ermächtigung zu Planung und Bau durch die Landkreisverwaltung sei nicht mit einer Baugenehmigung gleichzusetzen. Bauherr bleibe die Gemeinde Kißlegg. Die durchzuführende Maßnahme im Moor sei anspruchsvoll, aber technisch machbar und werde in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro für Geologie sowie in enger Abstimmung mit der Gemeinde erfolgen. Die rot skizzierten Verläufe in Anlage 3 würden von der Gemeinde Kißlegg geplant und ausgeführt. Die blaue Linie gebe lediglich skizzenhaft den Verlauf der Umfahrung südlich Emmelhofen wieder. Der genaue Verlauf werde erst nach einer Variantenuntersuchung festgelegt.

KR Bürkle bedankt sich für die Vorlage, die schneller zu Ergebnissen führen könne als ein Warten auf landespolitische Entscheidungen. Eine Entlastung der Ortsdurchfahrt werde dringend benötigt. Mit den bisherigen Verkehrsströmen sei keine städtebauliche Entwicklung möglich. Er bitte daher heute um Zustimmung. Diskussionen über Varianten, technische Maßnahmen sowie Ausgleichsmaßnahmen würden folgen.

KR Gallasch erklärt, er freue sich über die Vorlage. Die Verkehrsbelastung im Ortszentrum von Kißlegg sei erheblich. Es gebe dort jedoch viel Individualverkehr. Die Ortsdurchfahrt könne daher nicht „eben mal“ gesperrt werden.

KR S. Scharpf betont, die gegenwärtige Situation in Kißlegg sei unerträglich, die Ortsdurchfahrt ein neuralgischer Punkt und die Maßnahme erforderlich. Der Trassenverlauf bei Emmelhofen solle nochmals genauer betrachtet werden.

KR Sing fragt, ob ausreichend Planungskapazitäten in der Verwaltung vorhanden seien, um Amtshilfe für die Gemeinde Kißlegg zu leisten und ob diese künftig von allen Gemeinden in Anspruch genommen werden könne. Die Verlegung einer Ortsdurchfahrt sei keine Kreis-, sondern Landesaufgabe. Der Landkreis solle stattdessen im Bereich seiner Kernaufgaben mehr Fahrradwege realisieren.

Herr Gehringer antwortet, in diesem Fall seien Planungskapazitäten durch Rückstellung anderer Maßnahmen vor Ort gewonnen worden. Darüber hinaus würden keine

weiteren Maßnahmen wegen des Projektes hintangestellt werden. Die Amtshilfe für Kißlegg sei als Einzelfallregelung zu verstehen. Über weitere Amtshilfen in anderen Gemeinden hätte der Kreistag zu entscheiden. Dann allerdings würde mehr Personal benötigt. Die Südspange sei schon seit Jahren im Kreisstraßenbauprogramm enthalten gewesen. Die Maßnahme sei sehr wichtig, das Land habe sich hier jedoch zurückgezogen. Insofern sei die Amtshilfe in diesem Fall vertretbar.

KR Clement fordert, bei allen Planungen müsse das sich künftig verändernde Mobilitätsverhalten berücksichtigt werden. Auch werde sich die Lärmbelastung durch zunehmende Elektromobilität reduzieren. Wenn die Umsetzung der Maßnahme erst in fünf Jahren anstehe, solle deren Sinnhaftigkeit dann nochmals geprüft werden.

KR Schauwecker bemerkt, das Thema der Ortsumfahrung für Kißlegg habe schon vor 30 Jahren den Wahlkampf beherrscht. Wenn die Amtshilfe eine Ausnahme bleibe, könne der Vorlage leichter zugestimmt werden.

KR Schuler plädiert dafür, sich mit Kißlegg solidarisch zu zeigen, die Chancen zu nutzen und jetzt in die Planungen einzusteigen. Mobilität sei Teil der Wirtschaft und werde auch künftig von Bedeutung sein.

KR Haser bedankt sich bei allen Unterstützenden und bittet um Zustimmung zur Vorlage. Die Situation vor Ort sei dramatisch. Individual- und Schwerverkehr werde es auch in Zukunft geben. Eine LKW-Maut würde seiner Meinung nach nur marginale Änderungen bewirken, da die K 7902 eine Zubringerfunktion für die A 96 habe. Das Thema Moor sei „händelbar“.

Herr Gehringer bestätigt, dass dieser Fall von Amtshilfe eine Ausnahme bleiben solle. Aus der Abstufung der K 7902 in eine Ortsstraße werde der Landkreis auch Vorteile ziehen.

KR Clement fragt, bis wann mit einer Fertigstellung gerechnet werde.

Herr Gehringer antwortet, im Moment sei noch fraglich, ob ein Planfeststellungsverfahren benötigt werde. Falls ja, müssten dafür ca. 10 Jahre veranschlagt werden. Ohne ein solches Verfahren sei mit einem Planungszeitraum von fünf Jahren zu rechnen. Die Baumaßnahmen an sich würden ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen.

KRin Kremer wünscht zunächst einen Grundsatzbeschluss darüber, dass es sich bei der geplanten Amtshilfe um eine Ausnahme handele. Eine Straße durch Moor hindurch zu bauen und sich gleichzeitig mit der Ausweisung eines Biosphärengebietes zu befassen, empfinde sie als Widerspruch.

KR Strubel macht die Positionen grüner Politik deutlich. Sanierung von Straßen gehe vor Neubau. Neubau auf „grüner Wiese“ sei falsch und rückwärtsgewandt. Man habe diskutiert, alle Entscheidungen des Landkreises unter Klimavorbehalt zu stellen.

KR Haser entgegnet, 80 % der Moore Baden-Württembergs befänden sich in Oberschwaben. Dort nicht auf Moor zu bauen, sei daher schwierig. Grüne Politik, die diese Maßnahme nicht wolle, solle dann 400 Anwohnern gegenüber vertreten werden. Durch Kißlegg rangierender Schwerlastverkehr stelle auch eine Klimabelastung dar.

KR Krattenmacher weist darauf hin, dass es keine zweite Gemeinde im Landkreis gebe, durch deren Herz von Montag bis Samstag so viel Verkehr gebe. Er habe die Hoffnung nach 40 Jahren Diskussion nicht aufgegeben, dass eine erträgliche Lösung gefunden werde. Menschen in Kißlegg verlören allmählich den Glauben an die Politik und müssten ernst genommen werden. Der geplante Verlauf sei nicht perfekt, es gebe jedoch „Zwangspunkte“. Da zwei Kreisstraßen betroffen seien, sei der Landkreis ohnehin involviert. Er weist darauf hin, dass sich durch die Maßnahme günstigere Folgekosten für den Landkreis ergäben und bittet um Unterstützung.

KR Sing äußert Verständnis für KR Krattenmacher als Bürgermeister. Seine Fraktion werde der Vorlage jedoch nicht zustimmen, da die Gemeinde ihre Hausaufgaben im Bereich ÖPNV und Radverkehr nicht gemacht habe. Wer Straßen baue, werde „Verkehr ernten“. Dies könne seine Fraktion nicht mittragen. Es gebe andere Möglichkeiten, Verkehr zu verlangsamen und den Schwerlastverkehr einzudämmen.

KR Sauter informiert, dass es nicht möglich gewesen sei, mehr Flächen zum Bau von Radwegen zu erwerben. Die geplante Neuordnung des Straßennetzes werde nicht dazu führen, dass weniger Radwege im Landkreis gebaut würden. Anwohner verlören langsam die Hoffnung.

KR A. Müller erklärt, die Ortsdurchfahrt müsse entschärft werden, wenn man einen Umstieg vom Auto auf das Fahrrad erreichen wolle. Aktuell sei die Straße zu gefährlich für Radfahrer. Verkehr werde nicht weniger werden, und auf Verbindungsachsen

werde man immer angewiesen sein. Es gelte, Ökologie gegen andere Vorteile abzuwägen.

KR Natterer weist darauf hin, dass der Bau von Ortsumfahrungen im neuen Koalitionsvertrag nicht ausgeschlossen worden sei. Der Bau der A96 habe eine verschärfte Situation für Kißlegg gebracht. Eine Innenentwicklung werde seit langem angestrebt, eine Entlastung ersehnt. Auch Elektrofahrzeuge würden Straßen und Parkplätze benötigen. Er bitte daher um Zustimmung.

Der Vorsitzende bestätigt ebenfalls, es werde sich bei der Amtshilfe um eine Einzelfallentscheidung handeln, ohne Präcedenzwirkung für andere Gemeinden oder Verkehre. Es gebe keine vergleichbar „dramatische Situation“ in anderen Gemeinden, in der gleichzeitig auch Kreisstraßen betroffen seien. Ein entsprechender Hinweis könne unter Nr. 4 dem Beschlussentwurf angefügt werden.

KRin Kremer hält das für einen guten Vorschlag und stellt einen entsprechenden Antrag.

KR Weiß wünscht eine konkrete Nennung der Gründe für die Amtshilfe für Kißlegg. Er möchte außerdem wissen, in welcher Form eine Gegenleistung der Anwohnerschaft als Ausgleich für die Flächenversiegelung erbracht werde.

KRin Fiegel-Hertrampf gibt zu bedenken, dass es 10 bis 12 Jahre dauern könne, bis eine Entlastung spürbar sei. Bis dahin werde es durch Baumaterialtransporte sogar noch zu mehr Belastung kommen. Sie schlage vor, mit einer Delegation nach Stuttgart ins Verkehrsministerium zu fahren, um zusammen mit dem Land nach schnelleren Lösungen zu suchen, etwa durch Umleitungen und ÖPNV.

Antrag zur Geschäftsordnung durch KR Restle auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Abstimmung über den Antrag von KRin Kremer, den Beschlusssentwurf wie folgt zu ergänzen:

4. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung wegen der besonderen Situation in Kißlegg ohne Präzedenzwirkung für andere Gemeinden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 25 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Beschlussesentwurf:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a. in Amtshilfe für die Gemeinde Kißlegg die Planung und Umsetzung der „Südspange“ als der Verlegung der K 8043 (Maßnahme 17.18 Kreisstraßenbauprogramm) umzusetzen und
 - b. eine Vereinbarung mit der Gemeinde über die Kostenübernahme abzuschließen.
2. Die Verlegung der Ortsdurchfahrt Kißlegg der K 7902 wird als Ost-Umfahrung Kißlegg neu in das Kreisstraßenbauprogramm aufgenommen und die Verwaltung zum Beginn der Planung ermächtigt.
3. Der Abschnitt der K 7937 zwischen dem Abzweig nach Holdenreute und Wiggenreute der Maßnahme 17.11 „Wolfegg - Wiggenreute – Kißlegg“ entfällt aus dem Kreisstraßenbauprogramm.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Angelegenheiten des Personalservice

4. 0001/2021

Besetzung der Stelle der Leitung des Jugendamtes

Der TOP wurde abgesetzt.

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5. 0063/2021

Wangen, BSW, Modernisierung und Umbau Laborbereiche: Baubeschluss

Beschlussentwurf:

Das Projekt „Modernisierung und Umbau Laborbereiche“ am Beruflichen Schulzentrum in Wangen als Maßnahme des Schulbauprogrammes 2020-204 wird zur Umsetzung freigegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanungen für Modernisierung und Umbau der Laborbereiche voranzutreiben und die notwendigen Leistungen für die Umsetzung der Baumaßnahme entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Vergaberechts öffentlich auszuschreiben. Das Projektbudget wird auf 7,94 Mio. € festgesetzt.

Der Antrag zur Förderung der Maßnahme über das Bundesförderprogramm „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ – Einzelmaßnahmen (EM) sowie der Antrag auf Schulbauförderung soll erarbeitet und fristgerecht eingereicht werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

6. 0064/2021

Wangen, BSW, Neubau Sporthalle mit schulischer Mehrzwecknutzung: Baubeschluss

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der durch den Ausschuss für Umwelt und Mobilität modifizierte Beschlussentwurf zur Abstimmung gestellt wird.

KR Dr. Dieterich begründet den Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2021.

Herr Meßmer informiert über die gegenwärtige Preisentwicklung bei Bauholz.

KR Bindig erklärt, er werde den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Eine so fundamentale Entscheidung bei einem Baubeschluss dürfe nicht von der Preisentwicklung der nächsten Monate abhängig gemacht werden. Für eine ganzheitliche und nach-

haltige Entwicklung sei die Verwendung von Holz wichtig. Das Vergaberecht biete haushaltskonforme Handlungsspielräume. Pionierarbeit müsse jetzt und nicht in 15 bis 20 Jahren geleistet werden.

KRin Zodel kündigt an, den Antrag der FDP-Fraktion ebenfalls nicht zu unterstützen. Der Landkreis müsse eine Vorreiterrolle einnehmen. Die anfallenden Mehrkosten würden sinnvoll investiert.

KR Dr. Dieterich wendet ein, mit Kies aus lokalen Vorkommen ließen sich 100.000 € einsparen. Höhere Kosten müssten einen höheren Nutzen rechtfertigen. Dies sei hier nicht der Fall. Innovation brauche ein Ziel. Dem Landkreis als Vorreiter werde niemand „nachreiten“. Außerdem produziere der Transport recycelter Baustoffe von Stuttgart zusätzliches CO₂.

KRin Fiegel-Hertrampf entgegnet, RC-Beton sei sehr wohl innovativ. Die Landkreise Sigmaringen und Bodensee überlegten aktuell, in RC-Werke zu investieren. Ohnehin könne nur ein bestimmter Anteil RC-Beton eingesetzt werden. In den Schweizer Kantonen Zürich und Basel gebe es sogar eine gesetzliche Verpflichtung, RC-Beton in bestimmtem Umfang einzusetzen. Eine solche solle auch in Deutschland vorangebracht werden.

KR Henle vermutet, die Situation auf dem Holzmarkt werde sich wieder entspannen. Auch seinem Gemeinderat habe er Mehrausgaben für Holz empfohlen und werde sich um Fördermittel bemühen. Ein sinnvoller Weg sei, künftig auch Laubholz als Bauholz zu verwenden.

KR Sing betont, es gehe um die Anwendung des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen im Rahmen eines Projektes. Dies sei innovativ und solle nicht zerredet werden.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es Teil des Beschlusstextes zum Leitfaden für Nachhaltiges Bauen gewesen sei, Werbung dafür zu machen. Herr Meßmer habe diesen auf der Bürgermeisterkonferenz am Morgen vorgestellt.

Herr Baur erklärt, das Projekt zeige in seiner ganzen Bandbreite, dass es dem Landkreis ernst sei mit der Nachhaltigkeit und dass man „es könne“. Man müsse regional Nachfrage schaffen, damit es auch ein entsprechendes Angebot gebe. Die öffentliche Hand zeige Unternehmen damit ebenfalls, dass RC-Material auch im Hochbau

eingesetzt werde und nicht nur - in minderwertigerer Qualität - im Straßenbau. Die Waldwirtschaft solle umgestellt werden auf gesunden Mischwald. Das Land Baden-Württemberg habe höchstes Interesse daran, dass das Pilotprojekt in Wangen Erfolg habe. Ein Antrag auf Fördermittel sei bereits gestellt. Ein positiver Bescheid sei wahrscheinlich.

Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2021:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Modifizierter Beschlussentwurf des Ausschusses für Umwelt und Mobilität:

- a) Die Entwurfsplanung, **erstmalig erstellt nach dem Leitfaden für Nachhaltiges Bauen**, mit Kostenberechnung zum Projekt „Neubau Sporthalle mit schulischer Mehrzwecknutzung“ am Beruflichen Schulzentrum Wangen (BSW) in Höhe von 13,7 Mio. € brutto wird für die weitere Planung und zur Umsetzung (Baubeschluss) freigegeben.
- b) Der zusätzliche Ausbau der Leistung der Photovoltaikanlage soll in der weiteren Planung berücksichtigt und umgesetzt werden. Das Projektbudget wird um die zusätzlichen Kosten für den Ausbau der PV-Anlage um ~~0,95~~ **0,095 Mio.€** erhöht.
- c) Bei der Verwendung von Recyclingbeton möchte der Landkreis Ravensburg eine Vorreiterrolle einnehmen. Bei der Errichtung der neuen Sporthalle soll Recyclingbeton verwendet werden. Das Projektbudget wird um die zusätzlichen Kosten für die Verwendung von RC-Beton um ~~0,98~~ **0,098 Mio.€** erhöht.
- d) Die Innovationen im Holzbau sollen umgesetzt werden. Das Projektbudget wird um die zusätzlichen Kosten für die Verwendung von Baubuche und die innovative Entwicklung des Tragwerkes um 0,355 Mio.€ erhöht. Die eingereichte Bewerbung zum Erhalt einer Förderung aus dem EFRE – Holz Innovativ Programm – Innovation im Holzbau, soll weiter forciert werden.
- e) Der Planung mit Kostenschätzung zur Herstellung der Freianlagen in Höhe von 1,6 Mio. € wird zugestimmt und zur weiteren Planung und Umsetzung (Baube-

schluss) vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2022 freigegeben.

- f) Die Anträge zur Förderung der Maßnahme über das Bundesförderprogramm „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ sowie zur Sportstättenförderung sollen erarbeitet und fristgerecht eingereicht werden.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** beschlossen (bei 5 Enthaltungen)

7. 0065/2021

Ravensburg, St. Elisabethen-Klinikum, Parkierungsanlage: Baubeschluss

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bau des Parkhauses und der Außenanlagen inkl. der notwendigen Interimsmaßnahmen am St. Elisabethenklinikum in Ravensburg umzusetzen. Das Projektbudget wird auf 22,22 Mio. € brutto festgesetzt.

Der Antrag zur Förderung der Stellplätze soll erarbeitet und beim Regierungspräsidium eingereicht werden.

Für die Errichtung und den Betrieb von Ladesysteme für E-Mobilstellplätze im Parkhaus soll ein Konzept ausgearbeitet und dem zuständigen Gremium zur Entscheidung vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0051/2021

Ehrenamtliche Patientenfürsprecher/innen für den Landkreis Ravensburg - Tätigkeitsbericht und Neubestellung

Der TOP wurde abgesetzt.

9. 0059/2020

Verlängerung der Bestellung der Kreisbehindertenbeauftragten und Entscheidung über Haupt- oder Ehrenamt

Der TOP wurde abgesetzt.

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

10. 0008/2021

Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn Dr. Thomas Heilig

Der TOP wurde abgesetzt.

11. 0057/2021/1

Machbarkeitsstudie zu einem Biosphärengebiet oder Naturpark; Ergebnis der Vorprüfung

KR Haser erklärt, er gehöre zu den Befürwortern eines Biosphärengebietes. Für beide Kulissen zähle jedoch auch der Wille der Kommunen, Eigentümer, Bewirtschafter und Menschen. Diese müssten beteiligt und „mitgenommen“ werden. Dieser Prozess werde Jahre dauern.

KR Sing erläutert die Unterschiede zwischen Naturpark und Biosphärengebiet und plädiert für Letzteres. Ein Biosphärengebiet werde auch im neuen Koalitionsvertrag beabsichtigt, unterstütze das Ziel der Artenvielfalt und biete gleichzeitig gute Chancen für Tourismus und Landwirtschaft.

Der Vorsitzende erinnert an die Zweigleisigkeit der Ausschussempfehlung zum Thema.

KR Gallasch erklärt, seine Fraktion stehe dem Thema offen gegenüber. Er beantrage jedoch die Ergänzung des Wortes „Wirtschaft“ in Nr. 1, Zeile 3 des Beschlussentwurfes. Es solle keine „Käseglocke“ über die Region gestülpt werden, die die Entwicklung hemme. Der gesamte Prozess solle offen sein.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses nur Nr. 2 des Textes umfasse. Verbesserungen zu Nr. 1 und 3 seien daher nicht nötig.

KR Bindig erwidert, der Begriff „Käseglocke“ stamme aus der Umweltdiskussion der 60er Jahre. Er fasst die bisherige sowie die aktuelle politische Diskussion in Kreis- und Landtag zusammen und zitiert aus dem neuen Koalitionsvertrag. Danach sei fraglich, ob der Altdorfer Wald überhaupt Teil eines Biosphärengebietes „Ober-schwäbisches Moor- und Hügelland“ sein werde. Antragsteller dürfe kein Bundesland sein. Zudem müsse ein Träger gefunden werden.

KR S. Scharpf plädiert dafür, zunächst kleinere Schritte zu unternehmen und den Altdorfer Wald zu schützen, da es im Grunde darum gehe, Kiesabbau im Altdorfer Wald zu verhindern. Dann könne man schauen, wie man die Angelegenheit größer ausgestalte. Man solle nicht „oben“ beginnen, und „unten“ komme dann nichts an.

KR Westermayer widerspricht. Bei dem Biosphärengebiet gehe es nicht um den Altdorfer Wald. Es gebe zudem noch viele offene Fragen, etwa zu Eigentumsrechten bei Grundstücken sowie zu Einschränkungen bei Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Bauaktivitäten. Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten gestärkt, junge Landwirte nicht vergrämt werden.

Frau Steger erläutert Mindestgrößen und Zuständigkeiten bei der Ausweisung von Naturparks und Biosphärengebieten. Für beides gebe es einen „breiten Strauß“ an Fördermitteln. Die Thematik Landschaftsschutzgebiet werde von der Verwaltung weiter abgearbeitet. Dies habe keine kurzfristigen Auswirkungen auf die aktuelle Diskussion. Die Frage nach den Auswirkungen auf die Bewirtschaftung in Kern- und Entwicklungszonen könne noch nicht abschließend beantwortet werden.

KR Haser fordert, es dürfe keine Enteignungen geben. Von Kernzonen Betroffene müssten mit den Maßnahmen einverstanden sein. Man habe bereits viele Naturschutzgebiete im Landkreis, es fehle noch das gemeinsame „Dach“. Alle Maßnahmen zum Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ stünden unter Finanzierungsvorbehalt. Die „Kulisse“ Biosphärengebiet sei sehr groß und dürfe nicht mit Maßnahmen verwechselt werden, die allein dem Schutz des Altdorfer Waldes dienten oder Kiesabbau verhindern sollten. Beide Schutzkategorien seien weiter zu verfolgen, da die Kategorie Biosphärengebiet an der Flächengewinnung scheitern könne.

KR A. Müller appelliert an die Sitzungsdisziplin. Die Grundsatzdiskussion sei bereits geführt. Vom Fachausschuss liege eine Empfehlung vor, und am modifizierten Beschlussentwurf solle festgehalten werden.

KR Sing entgegnet, es gehe nicht nur um Moore und Hügel, sondern eine Weiterentwicklung der Region, die auch die Oberschwäbische Seenplatte, die Argen und weitere Naturräume einbeziehe. Er beantrage daher eine Änderung der Beschlussentwurfes. Es solle ein Biosphärengebiet „Oberschwaben“ angestrebt werden. Für einen Naturpark sei das Land nicht zuständig.

Der Vorsitzende entgegnet, das Land sei, vertreten durch das Regierungspräsidium, sehr wohl auch für Naturparke zuständig.

KRin Fiegel-Hertrampf plädiert ebenfalls für ein Biosphärengebiet „Oberschwaben“, in das der Altdorfer Wald in seiner Eigenschaft als Trinkwasserlieferant, CO₂-Speicher und Freizeitgebiet mit aufgenommen werden solle. Der Kiesabbau in Grund solle sehr wohl verhindert, zumindest aufgeschoben werden. Durch Verwendung von Recyclingbeton könne ein Viertel des jetzigen Kiesabbaus eingespart werden.

KR Krattenmacher weist auf die ausführliche Diskussion des Themas im Ausschuss für Umwelt und Mobilität hin. Es solle nicht schon wieder etwas anderes gewollt werden.

Der Vorsitzende erinnert an die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Abstimmung über den Änderungsantrag von KR Sing, ein erweitertes Biosphärengebiet „Oberschwaben“ und keinen Naturpark anzustreben.

Ergebnis der Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt (bei 18 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Modifizierter Beschlussentwurf des Ausschusses für Umwelt und Mobilität:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bald nach der Ernennung der neuen Umweltministerin bzw. des Umweltministers mit dem Land zu besprechen, wie sich das Ministerium den politischen und fachlichen Prozess hin zu einem Biosphärengebiet **oder Naturpark** „Oberschwäbisches Moor- und Hügelland“ vorstellt. **Dabei ist zu klären, ob das Land einen ergebnis-offenen Willensbildungs- und Kommunikationsprozess befürwortet und diesen auch mitfinanziert.**

Beratungsergebnis zu Nr. 2: einstimmig **modifiziert** beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

Beratungsergebnis zu Nr. 1 und Nr. 3: ohne Beschlussfassung

Mitteilungsvorlagen

12. 0049/2021

Machbarkeitsstudie bodo-Ringzug - Zwischenbericht

Herr Leinweber berichtet anhand einer PPT-Präsentation.

KR A. Müller weist darauf hin, dass der Anteil der Planungskosten bei 25 % liegen könne, durch Bundesmittel jedoch nur 10 % übernommen würden. Es bleibe daher eine hohe Eigenbeteiligung.

KR Schauwecker bedankt sich für den Bericht und fragt, ob durch Wasserstofftechnik angetriebene Züge mitgedacht worden seien.

KR Bindig erinnert an den bis 2003 verkehrenden „Kleber-Express“, der die Städte Freiburg und München über Aulendorf und Wolfegg direkt verbunden habe. Im Koalitionsvertrag seien verschiedene Projekte und Strecken genannt, für die das Land sich engagieren wolle. Der bodo-Ringzug gehöre jedoch nicht dazu. Er bittet KR Haser, deswegen in Stuttgart nachzufragen und das Projekt nach vorn zu bringen.

KR Krattenmacher fordert, es müsse jetzt gelingen, die BOB-Bahn in Aulendorf „um die Ecke zu bringen“. Die Strecke Aulendorf-Kißlegg sei strukturell schwach. Langfristig müsse durch Elektrifizierung die Lücke geschlossen werden.

KR Sing findet, der Bahnhof Aulendorf sei für das vorgelegte Konzept nicht leistungsfähig genug. Er fragt, welche Maßnahmen noch möglich seien, die nicht im Koalitionsvertrag stünden.

KRin Kremer bedankt sich bei Herrn Leinweber für den Bericht. Man müsse bereits jetzt in Elektrifizierung investieren. Der zeitliche Vorlauf sei erheblich.

Der Vorsitzende bemerkt, die Probleme beim Thema Nullknoten entstünden durch einen eingleisigen Korridor auf der Strecke der Allgäubahn. Ein Zug in Leutkirch könne nur in einem bestimmten Zeitfenster losfahren und in Kißlegg ankommen, in dem die Gleise nicht durch überregionale Züge belegt seien.

Herr Dr. Honikel-Günther erklärt, dieses Projekt sei nicht im Koalitionsvertrag enthalten, da andere Projekte bereits einen höheren Reifegrad hätten. Bisher liege für den bodo-Ringzug lediglich eine Machbarkeitsstudie vor. Man werde bei einem für morgen anstehenden Termin mit dem Verkehrsministerium offene Themen besprechen und in der nächsten Kreistagssitzung berichten.

Herr Leinweber ergänzt, H2-Züge befänden sich gerade erst in der Entwicklung und seien erst in geringer Zahl auf der Strecke. Die Technik sei kompliziert, die Wartung teuer. Das Land habe Interesse an einer weiteren Elektrifizierung.

KR Schauwecker wendet ein, eine Elektrifizierung dauere mit bis zu 10 Jahren sehr lange, ein H2-Zug könne jedoch sofort aufs Gleis.

Der Vorsitzende sagt zu, auch dieses Thema in Stuttgart anzusprechen. Eine H2-Lösung für eine so kleine Teilstrecke sei nach Aussagen des Landes aber schwierig.

KR A. Müller informiert, der Bund stelle aktuell eine standardisierte Bewertung von Schienenprojekten neu auf. Die Situation könne daher im nächsten Jahr vollkommen anders aussehen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

13. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Krasser erkundigt sich im Zusammenhang mit Kita-Schließungen aufgrund der Bundesnotbremse nach der Rechtsgrundlage für eine Aussage des Landratsamtes. Angeblich könne eine amtliche Bekanntmachung über Wiedereröffnungen erst mit einer Verzögerung von zwei Tagen in Kraft treten. Er fragt, ob diese Verzögerung mit einer benötigten Vorbereitungszeit zusammenhänge. Er möchte außerdem wissen, womit die Stagnation der Inzidenzen im Landkreis Ravensburg zusammenhänge, wohingegen diese in anderen Landkreisen sinke.

Herr Dr. Honikel-Günther antwortet, die Rücknahme der Maßnahmen nach dem Bundesinfektionsschutzgesetzes sei in § 28b Absatz (2) geregelt. Danach träten die Maßnahmen des Absatzes (1) ab dem übernächsten Tag außer Kraft, ab dem die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert an fünf aufeinander folgenden Werktagen unterschreite. Die Bekanntmachung sei heute nach dem fünften Tag erfolgt. Der übernächste Tag sei jedoch mit Himmelfahrt ein Feiertag. Die Kindertagesstätten dürften demnach am Freitag wieder öffnen. Als Brückentag sei dieser Tag wiederum bei einigen Schulen ein beweglicher Ferientag. Diese würden daher erst am Montag wieder öffnen. Bezüglich der Inzidenzen im Landkreis habe man einige Neuinfektionen durch Cluster zu verzeichnen gehabt und schaue zuversichtlich in die Zukunft.

KR M. Lang weist darauf hin, dass die Bundesnotbremse keine Erfindung des Landkreises sei. Dieser agiere und kommuniziere gut. Er bedankt sich außerdem bei den Mitgliedern des Kreistags für die Entscheidung zur Sporthalle Wangen und der Verwaltung für die Arbeiten dazu.

KR Moll kritisiert, die Sitzungsdauer werde vier Stunden überschreiten, obwohl es eine Reihe von TOPs mit vorberatenen Vorlagen gegeben habe. Er bitte die Verwaltung, Vorschläge zu erarbeiten, wie man effizienter und zügiger durchkomme.

Der Vorsitzende antwortet, man werde in der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz eine gemeinsame Verabredung treffen, sofern gewünscht. Er bitte darum, in den Fraktionen hierüber im Vorfeld nachzudenken und um differenziertes Kommunikationsverhalten sowie Kollegialität zu werben. Die Verwaltung selbst werde hierzu keine Änderungsvorschläge unterbreiten.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Kreistag am 11.05.2021:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

14. 0066/2021

Wangen, BSW, Neubau Sporthalle mit schulischer Mehrzwecknutzung: (stücksangelegenheiten

Beschlussentwurf:

Der Landkreis nimmt das Angebot der Stadt Wangen zum Erwerb der Grund des beruflichen Schulzentrums Wangen für das Gebäude Süd sowie den Neut Sporthalle wie in Alternative 3 dargestellt zum Kaufpreis von 1.501.257 € z Verwaltung wird beauftragt, den dafür notwendigen Kaufvertrag abzuschließen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme)

15. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Roland Haug

Benjamin Strasser